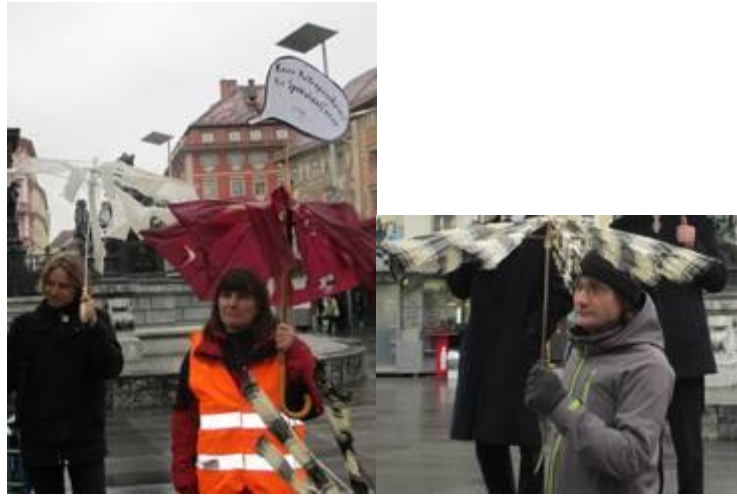


Europäischer Protesttag gegen EU-Krisenpolitik - 2013

13.3. Europäischer Protesttag gegen EU-Krisenpolitik



Am 13. März fand anlässlich des EU-Frühjahrgipfels ein europaweiter Aktionstag gegen die EU-Krisenpolitik unter dem Motto „Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat“ statt.

Auch Attac Graz organisierte eine Kundgebung am Grazer Hauptplatz.

Unsere Aktion unter dem Titel "Keine Rettungsschirme für SpekulantInnen" zeigte in in Form eines Bildertheaters, dass die Rettungsschirme Banken und SpekulantInnen retten, jedoch nicht jene Menschen, welche die Rettungsschirme bezahlen müssen und dafür noch mit sinkenden Löhnen, steigenden Preisen und Arbeitsplätzemangel zu kämpfen haben.

Die Regierungen und EU-Institutionen bereiten bis zum Sommer die "Vollendung" der Wirtschafts- und Währungsunion vor: Verträge zwischen Staaten und der EU-Kommission sollen zu Sozialkürzungen, Liberalisierungen und zum Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten verpflichten. Das ist der nächste Angriff auf soziale und demokratische Rechte in Europa. Attac hat daher die Kampagne für ein solidarisches und demokratisches Europa gestartet: „Unser Europa neu begründen!“ (> www.unsereuropa.at)

Attac fordert ein Ende der neoliberalen Kürzungspolitik und eine Kurskorrektur in sieben Punkten:

- Die Staatsfinanzen von den profitorientierten Finanzmärkten entkoppeln: durch eine

demokratisch kontrollierte Zentralbank, die Kredite direkt an Regierungen vergibt.

- Der Schuldenfalle entkommen: durch ein Ende der Sparpolitik und durch Schuldenaudits, um illegitime Schulden zu identifizieren und zu streichen. Banken und private Finanzakteure müssen ihren Anteil an den Krisenfolgen bezahlen.
- Eine nachhaltige Finanzierung staatlicher Aufgaben sichern: durch eine koordinierte Erhöhung von Steuern auf Vermögen und Unternehmensprofite und effektive Maßnahmen um Steuerdumping und Steuerflucht zu unterbinden.
- Die Finanzmärkte entwaffnen: Durch ein Verbot von schädlichen spekulativen Produkten und Praktiken sowie durch eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken und die Zerteilung von “too big to fail”-Banken.
- Eine öffentliche und demokratische Finanzierung der Wirtschaft ermöglichen: durch den Aufbau eines öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektors unter demokratischer Kontrolle.
- Ein Europa der Menschen statt des Profits: durch demokratisch kontrollierte öffentlichen Dienstleistungen, den ökologischen Umbau der Wirtschaft sowie gute Arbeitsverhältnisse und Geschlechtergerechtigkeit.
- Echte Demokratie jetzt: durch einen verfassungsgebenden Prozesses mit dem Ziel, die EU auf allen Ebenen zu demokratisieren

Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat

(RS, 13.3.2013)